

Das Dollar-Imperium wankt

Finanzkrise: Die USA könnten ihren Status als Supermacht des Weltfinanzsystems endgültig verlieren

Menno Aden

Die US-Finanzkrise, die längst auf die Realwirtschaft sowie Europa und Asien übergegriffen hat, zieht immer weitere Kreise. George W. Bush hielt eine dramatische Rede und traf sich vorige Woche – zunächst erfolglos – mit den beiden Präsidentschaftskandidaten John McCain und Barack Obama sowie den Führern von Repräsentantenhaus und Senat. „Niemand sollte sich täuschen: Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor dieser Krise“, sagte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück in seiner jüngsten Regierungserklärung. „Der deutsche Bankensektor wird von den krisenhaften Entwicklungen nicht verschont“, warnte der SPD-Vize. Die Zentralbanken von Washington über Frankfurt bis Tokio drehen immer häufiger ihren Geldhahn auf.

Nach all den Krisentreffen und milliarden-schweren Rettungsplänen glaubt man, daß das Schlimmste nun überstanden sei. Doch dann kommen die nächsten Hiobsbotschaften über kleine Banken und große US-Sparkassen wie Washington Mutual, die Gewinnwarnungen, Verluste oder Zahlungsunfähigkeit verkünden. Die ganz großen, wie die beiden US-Hypothekeninstitute Fannie Mae und Freddie Mac, werden – weil too big to fail – verstaatlicht. Die US-Versicherungsgesellschaft AIG, lange Jahre die größte der Welt, mußte von der US-Notenbank mit einem Kredit von 85 Milliarden US-Dollar gerettet werden – die Fed erhielt dafür knapp 80 Prozent der AIG-Aktien. Das sind Maßnahmen, die bisher als sozialistisches Teufelszeug verschrien waren.

Die Folgen des Vertrauensschwundes des einfachen Bürgers in das US-System, dessen weltweite Vorzüglichkeit ihm von früh

auf eingebleut wurde, ist noch nicht abzuschätzen. Denn US-Vermögen und auch die Altersversorgungen hängen in viel stärkerem Maße von Finanzmarktprodukten ab als bei uns. Die AIG-Aktie notierte vor Jahresfrist noch bei 70 Dollar; jetzt fiel sie auf 2,50 Dollar. Dabei war die AIG in Amerika so etwas wie die Allianz bei uns, eine bombensichere Aktie für Witwen und Waisen. Der Verfall dieser und anderer Papiere trifft zahllose US-Bürger schmerzhaft. Zusammen mit dem Wertverfall von Immobilien kann es nicht ausbleiben, daß in den USA schwere soziale Probleme in der Mittelklasse entstehen.

Hinzu kommt die jahrzehntelange Schuldenpolitik des Staates, die, durch die kostspieligen Kriege in Afghanistan und Irak bedrohliche Ausmaße angenommen hat. Während andere Industrie- und Rohstoffnationen Jahr für Jahr Überschüsse im Außenhandel erzielen konnten, importieren die USA seit Jahrzehnten mehr als sie exportieren: Auf fast 750 Milliarden Dollar wuchs das Handelsbilanzdefizit. Das ist etwa soviel wie China, Japan und Deutschland zusammen an Handelsüberschüssen erwirtschaften. Nicht erst jetzt, sondern seit Jahrzehnten haben sich in aller Welt Forderungen in Billionenhöhe gegen die USA aufgebaut. Die USA haben, wie der englische Economist formulierte, jahrzehntelang mit (Dollar-)Schecks bezahlt, von denen sie annahmen, daß sie nicht zur Bezahlung vorgelegt werden würden. Auch heute werden diese wohlweislich nicht vorgelegt. Die „Scheckinhaber“, zumal in Ostasien, wissen, daß das Weltfinanzsystem zusammenbräche, wenn sie es täten. Der Schuldner USA wäre sofort pleite – mit unabsehbaren Folgen auch für die Gläubigerländer selbst.

Die im Sommer 2007 ausgebrochene sogenannte Hypotheken- (Subprime-) Krise hat daher mit faulen Hypotheken eigentlich nur beiläufig zu tun. Sie ist der Ausbruch einer Krankheit mit einer langen Inkubationszeit. Diese Krankheit trat am 11. September 2001 in ihr akutes Stadium, in dessen Folge Washington einen Krieg im Irak führen wollte und ihn eigentlich ohne massive Steuererhöhungen nicht finanzieren konnte.

Doch wenn ein Staat Geld braucht, kann er es sich über seine Zentralbank selber schaffen. Alan Greenspan, der frühere Chef der Fed, beschreibt in seiner Autobiographie (The Age of Turbulence: Adventures in a New World, Penguin Books 2008) ganz stolz, wie er zur Zufriedenheit mehrerer US-Regierungen immer wieder den Geldhahn bedient hat. Die Mechanismen des Geldschöpfungsprozesses können hier nicht beschrieben werden. Als Grundsatz gilt: Geld schafft der Staat, indem man den Zinssatz senkt. Zu billigen Zinsen kann der Staat Gelder aufnehmen, etwa indem er Schatzanweisungen (T-Bonds) verkauft. Mit dem Erlös kann er beispielsweise Kriege führen. Das regt kurzfristig die Nachfrage an und führt sogar zu einem Wirtschaftsaufschwung.

Doch niedrige Zinsen hielten den US-Konsumenten vom Sparen ab und verführten ihn, immer unbedenklicher das zu tun, was ihm seit Jahrzehnten eingetrichtert wurde: Konsumieren ist gut, sparen schadet der Wirtschaft! Die US-Bürger gaben ständig mehr Geld aus, als sie hatten. Und, was ernster ist, sie nahmen mehr Kredite auf, als sie in absehbarer Zeit würden bedienen können. Auch Niedrigzinsen addieren sich einmal zu stattlichen Beträgen. Die Lücke zwischen Soll und Haben wurde nicht gesehen oder künstlich verdeckt.

Seit gut 20 Jahren stiegen die Immobilienpreise, zuletzt dramatisch. Ein US-Hausbesitzer mochte daher zwar in einem Jahr 10.000 Dollar mehr ausgegeben haben, als er verdient hatte, aber sein Haus

war ja um 15.000 Dollar im Wert gestiegen. Per Saldo hatte er scheinbar 5.000 Dollar gewonnen. Da kann man sich schon mal für 10.000 Dollar ein neues Auto kaufen, denn der Wert des Hauses würde ja auch im neuen Jahr wieder steigen. Einfach eine neue Hypothek drauf – und fertig! Man kaufte bei steigenden Preisen Häuser, denn die Hypotheken waren ja so billig und leicht erhältlich. Die Hoffnung, daß das Haus in einem Jahr 20 bis 30 Prozent mehr wert sein würde, hatte bisher auch nicht getrogen. Die um Kunden buhlenden Banken zogen mit, sie haben die scheinbar immer wertvolleren Häuser immer unbedenklicher beliehen.

Dann ist in den USA das gleiche passiert wie in der Asienkrise. Irgendjemand hat das Gefühl, daß die Immobilienpreise jetzt aber ganz schön hoch sind. Er verkauft. Der nächste, der übernächste denkt das auch – Angebot senkt die Preise, Massenangebot läßt sie einstürzen. Die 100.000-Dollar-Hypothek steht plötzlich auf einem Hause, das nur noch 60.000 wert ist. Die jetzige Finanzkrise in den USA ist daher die Quittung für jahrzehntelanges Fehlverhalten.

Der Markt übertreibt immer – nach oben wie nach unten. Das ist eine alte Bankregel. Die jetzige Krise wird daher auch wieder vorbeigehen. Aber das Selbstvertrauen der USA ist angeschlagen. Das Vertrauen der Welt in die USA, welches durch Afghanistan und Irak bereits politisch erschüttert ist, kommt nun auch wirtschaftlich ins Trudeln. Die jetzige Krise wird daher zu einer grundsätzlichen Neubewertung der Weltmacht USA führen.

Amerika habe „das Konto der Führungsmacht überzogen, lebt über die Verhältnisse“, schrieb resignierend ein glühender Verehrer der USA und jahrzehntelanger Propagandist der Westbindung, der Historiker Michael Stürmer in der Welt. „Die Europäer aber haben noch kaum begriffen, daß die sicherheitsverbürgende Pax Americana am Ende ist und daß sie ihren Ein-

satz drastisch erhöhen müssen. Sonst werden andere bestimmen, was in Zukunft als Weltordnung zu gelten hat.“ Die Zahl der Bücher, welche sich mit dem Thema der „postamerikanischen Weltordnung“ (FAZ) befassen, wächst ständig. Bei einem ernstesten Konflikt mit dem Iran (Atomprogramm) oder Rußland (Anlaß: Georgien und/oder Ukraine?) stünde die selbständige

Handlungsfähigkeit Washingtons wohl erstmals in Frage.

Wenn die USA ihren bislang unbestrittenen Status als Supermacht des Weltfinanzsystems verlieren (wie Peer Steinbrück befürchtet), wird es eng: God's own country könnte dann denselben Weg gehen wie Großbritannien nach dem Verlust seines Empire.

Prof. Dr. Menno Aden, Autor wirtschaftsrechtlicher Veröffentlichungen, ist Vorsitzender der Hamburger Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG).

Im Internet: www.swg-hamburg.de www.dresaden.de